

Regierung. Am Dienstagnachmittag, knapp vierzig Stunden vor Eröffnung des Parteikonvents, beschloß der Hauptvorstand der IG Metall den ersten Streik unter einer SPD-geführten Bundesregierung (siehe Seite 28).

Der Regierungschef und sein Wirtschaftskanzler bemühten sich, Bürgerängste vor Streikparolen zu dämpfen. Brandt: „Die Bundesrepublik leidet nicht gleich Schaden, wenn mal gestreikt wird.“ Und Schiller sekundierte: „Wir Deutschen sind in bezug auf Streiks sehr verwöhnt. Wir sollten nicht gleich annehmen, daß in einem solchen Fall sofort der Himmel einstürzt.“ Trotz abwiegelnder Sprüche müssen die Parteienler besorgt sein, daß ihrer Linkskoalition die soziale Unruhe angelastet wird.

Angesichts dieser schwierigen Lage waren die SPD-Oberen darauf aus, wenigstens den Parteitag unter Kontrolle zu halten. Noch am Donnerstagnachmittag frohlockte der Parteirechte Holger Börner: „Es läuft doch alles sehr gut.“ Doch nur wenige Stunden später war dem Vorstandstisch die Regie entglitten.

Von ihren linken Steuerministern auf Kurs gebracht, scherte sich die Mehrheit nicht um die Parteiräson und erhöhte den Spitzensteuersatz. Ohne Wirkung beschwor Karl Schiller nach dieser Niederlage die Delegierten: „Genossen, laßt die Tassen im Schrank.“ Erst Brandt und Wehner brachten den Parteitag am Freitag wieder auf eine mittlere Linie.

Der bisher zum Parteirechtsaußen abgestempelte Helmut Schmidt verstand es, sich mit seinem Bericht über ein Langzeitprogramm auch bei den Linken zu profilieren. Juso-Funktionär Erdmann Linde sagte voraus: „Der könnte sogar für die Linken als Parteichef akzeptabel werden.“

Für Höheres empfahl sich auch Steuerreform-Kommissar Eppler, der sich mit seinem gemäßigt linken Programm



Parteirechter Schmidt
„Der könnte akzeptabel werden“

um die Integration der Parteiflügel verdient machte. Unter den Delegierten zirkulierten bereits die Namen Schmidt und Eppler als Führungsduo für die Ära nach Brandt und Wehner.

Bescheiden wehrte Eppler ab: „Man hat mich wahrscheinlich lange Zeit unterschätzt; jetzt gibt es Leute, die mich offenkundig überschätzen. Beides kann gleich peinlich sein.“

SPD-PARTEITAG

Kopfnicken genügte

Eine entschlossene und disziplinierte linke Mehrheit brachte die SPD-Führung auf dem außerordentlichen Bonner Parteitag in Schwierigkeiten.

Besser vorbereitet und disziplinierter denn je zogen die Altsozialisten des Jochen Steffen, die Jungsozialisten des Karsten Voigt und der traditionelle Linkskader der Partei aus Hessen-Süd unter Rudi Arndt in Bonns Beethovenhalle ein. Auf dem Steuerparteitag der Sozialdemokraten Ende vergangener Woche wollten die Progressiven den Industriefreund Schiller „rechts liegenlassen“ (Juso-Chef Voigt) und der Führungsspitze um Willy Brandt und Herbert Wehner deutlich machen, daß Mitte und Mehrheit der Partei inzwischen links stehen.

Unter Vorsitz von Juso-Voigt hatte sich bereits am Buß- und Bettag eine 70 Mann starke progressive Kern-Truppe in Bonns Dietrich-Bonhoeffer-Haus für die Steuerdebatte verschworen. Generalstabschef Günter Wichert, Jung-MdB aus dem linken 16. Stockwerk des langen Eugen zu Bonn, entwarf die Parteitagstrategie der Progressisten.

Streng zur Sache und ohne Sentimentalitäten wollten sie die Delegierten für eine Reform des Steuerrechts gewinnen, die weit über Schillers industriefreundliche sozial-liberale Eckwerte hinausgeht. Mehr noch: Sie wollten selbst jenes Konzept überbieten, das der Parteiauschuß unter Führung des Kabinettslinken Erhard Eppler entwickelt und das der SPD-Vorstand als Optimum empfohlen hatte: progressiv genug für die Linken in der Partei, maßvoll genug für die Wähler.

Minuziös planten sie den Ablauf der Steuerdebatte im Parteitagplenium — im Umgang mit der Person Schillers behutsam, in der Sache kompromißlos. Mündlich kamen sie überein. „Schiller nicht anzupinkeln“ (SPD-MdB Erich Meinike). Schriftlich befahl Wichert seinem Anhang: „Die Diskussion muß straff geführt und auf die strategisch wichtigen Punkte konzentriert werden (notfalls mit Hilfe der Geschäftsordnung).“

Schon im Juni hatten Wichert und Genossen den schwäbischen Steuerreformator Eppler wissen lassen, daß sie

auf dem Parteitag über sein Konzept hinausgehen wollten. Während des Steuerkonvents standen sie mit ihm in ständigem Kontakt. Eppler: „Die waren ehrlich genug zu sagen, was sie vorhaben.“ Hessens Finanzminister Arndt beschrieb die Abstimmungstechnik: „Ein Kopfnicken genügte.“

Am ersten Tag des Steuerparteitags funktionierte der Pakt. Günter Wichert, mit dem Rücken zum Rednerpodium, im Blickschatten des Parteitagspräsidiums postiert, gab die Einsatzzeichen. Und der gemischte Chor aus linken Reformern und Schiller-Gegnern folgte: Der Parteitag beschloß einen Spitzensatz bei der Einkommensteuer von 60 Prozent. Obwohl der Beschluß mindestens bis 1973 nicht verwirklicht werden kann, triumphierten die Sieger im Saal. Dirigent Wichert sah sich am Ziel der linken Strategie: „Wir haben mehr er-



Steuerplaner Eppler
„Die waren ehrlich genug“

reicht, als wenn wir mit Schiller über Karl Marx diskutiert hätten.“

Die Verlierer auf der Bühne waren ratlos. Finanzminister Schiller bestürmte seinen Kanzler, den Beschluß kraft Autorität zu entschärfen. Der Parteivorsitzende möge den Delegierten klarmachen, daß weitere Zugriffe auf Unternehmern nicht mehr möglich seien. Die Sondersteuer zugunsten der Vermögensbildung von Arbeitnehmern, gegen die sich Schiller seit zwei Jahren wehrt, müsse damit erledigt sein.

Willy Brandt suchte Rat bei seinem Steuerkommissar Eppler. Der Entwicklungshilfefeminister, vertraut mit der Stimmung der Mehrheit, empfahl dem Kanzler Zurückhaltung: Er greife besser nicht in die Debatte ein.

So ging am ersten Tag die Rechnung der Linken auf. Alle wichtigen Beschlüsse waren Absagen an das Konzept Karl Schillers. Seine disziplinierten Gegner hatten ihn in der Sache erledigen können, ohne ihn persönlich angreifen zu müssen. MdB Meinike:

„Wir haben mehr erreicht, als wir gedacht haben.“

Am zweiten Tag gedachten Meinikes Freunde, noch mehr zu erreichen. Auch die Körperschaftsteuer auf die Gewinne von Kapitalgesellschaften sollte möglichst nahe an die Rekordmarke des Vortages vorgetrieben werden, von 51 auf 58 Prozent.

Am Freitagmorgen jedoch beteiligte sich die Parteispitze wieder an der Regie. Brandt und Wehner erinnerten die Delegierten an den Unterschied zwischen langfristig gebotenen Notwendigkeiten und deren kurzfristiger Wirkung auf bürgerliche Wähler. Zu Hilfe kam

den Oberen, daß Hessen-Süd aus der linken Allianz ausbrach. Zum Entsetzen Wicherts („Der Rudi hat uns alles kaputtgemacht“) empfahl der hessische Finanzminister Rudi Arndt, der Parteitag möge die Frage nach der angemessenen Höhe der Körperschaftsteuer offenlassen. Die Mehrheit besann sich auf Epplers Vorschlag und stimmte für 56 Prozent.

Karl Schiller fand zu sich selbst zurück. Obwohl der Minister zwei Tage lang ohne Echo geblieben war, reklamierte er den Erfolg für sich: „Ich habe den Streit angefangen und gewonnen. 56 ist die bessere Skatzahl, jetzt müssen

wir auch von 60 wieder runter, wie auch immer.“

Wie auch immer: Die Parteispitze hofft, mit der Faustregel, daß die Spitzensätze von Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht mehr als zwei Prozentpunkte auseinanderliegen sollen, vom 60-Prozentbeschluß wieder herunterzukommen.

Die Linken freilich sehen in der Steuerdebatte des Bonner Parteitags mindestens einen Etappensieg. Jungsozialist Erdmann Linde: „Das war noch nicht der linke Parteitag. Den halten wir erst 1974 ab.“

SPIEGEL *Titel*

„Diesmal ist es uns ernst“

Die Hälfte aller Industriearbeiter, 4,3 Millionen Metalller, kämpfen erbittert um höhere Löhne. Wollen die Gewerkschaften verhindern, daß die Teuerung an den Einkommen ihrer Mitglieder zehrt, müssen sie mindestens

7,5 Prozent mehr Lohn durchsetzen. Bundeskanzler Brandt – einerseits seinen Arbeitnehmer-Wählern verpflichtet, andererseits zu wirtschaftspolitischem Erfolg verurteilt – kommen Streik und Aussperrung besonders ungelogen.

Die Arbeiter skandieren: „Haut den Bossen auf die Flossen!“ Und: „4,5 Prozent ist Lohnraub.“ Die Unternehmer hämmern in großformatigen Anzeigen „Krise“, „Preistreiber“, „Gefahr für die Arbeitsplätze“. Aus Westdeutschlands Fabrikhallen, seit zwei Jahrzehnten fast immer Hort von Harmonie und Partnerschaft zwischen Arbeitern und Kapitalisten, tönen wieder Klassenkampfparolen.

Im dritten Kanzlerjahr des Sozialdemokraten Willy Brandt droht der offene soziale Konflikt: Die größte Einzel-

gewerkschaft der westlichen Welt, die IG Metall (2,3 Millionen Mitglieder), beschloß Streik, zunächst für das Tarifgebiet Nordbaden/Nordwürttemberg.

Arbeiterführer Otto Brenner sagte den Lohnkrieg an: „Diese Tarifbewegung wird eine der härtesten sein, die wir je erlebt haben.“ Vorstandskollege Willi Michels: „Jetzt geht's rund!“

Die Arbeitgeber verkündeten „Rundumverteidigung“ (Klöckner-Chef Henle). Am Dienstag vergangener Woche,

* Sitzung der Tarifkommission am 15. November 1971.

vier Stunden nach dem Streikaufruf der Metalller, antworteten sie mit einem Aussperrungsbeschluß. Kurt Neben, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Eisen und Stahl, bekräftigte: „Diesmal ist es uns ernst.“

Kaum ein Lohnstreik der letzten Jahre war so erbittert. Die Unternehmer, deren Erträge tatsächlich in den vergangenen Monaten beträchtlich gesunken sind, klagen, daß die hohen Lohnforderungen sie ruinieren würden. „Die Existenz der Stahlindustrie“, so sagte Metall-Neben, „steht auf dem Spiel.“



Streikabstimmung der IG Metall in Stuttgart*: „Jahre habt ihr uns verschaukelt – ab heute wird nicht mehr gegaukelt“